

# Wochenblatt

für  
**Wilsdruff, Tharandt, Rossen,  
Siebenlehn und die Umgegenden.**

**Amtsblatt**

für das **Königliche Gerichtsamt Wilsdruff und den Stadtrath daselbst.**

Vierteljährlicher Prämumerationspreis 10 Ngr. — Insertionsgebühren für den Raum einer gespaltenen Corpusspalt 8 Pf. — Annahme von Inseraten bis Montag resp. Donnerstag Mittag. — Etwasige Beiträge, welche der Tendenz dieses Blattes entsprechen, werden mit großem Danke angenommen, nach Befinden honorirt.

N<sup>o</sup> 40.

Dienstag, den 25. Mai

1869.

**Tagesgeschichte.**

Wilsdruff, den 24. Mai 1869.

In Freiberg wird von einer sehr großen Anzahl angesehener Männer

Herr Advokat **Ottomar Blüher**

dort zur Wahl als Abgeordneter für unsern städtischen Wahlkreis empfohlen.

Auch in unserer Stadt wird das Interesse für diesen Candidaten, den mit Recht die liberale Partei als den Ihrigen bezeichnet, regt.

Wir machen unsere Mitleser auf die bezüglichen Theile der Inserate dieses Blattes besonders aufmerksam und bemerken hierzu noch, daß dem Vernehmen nach Herr Advokat Blüher in den nächsten Tagen in öffentlicher Versammlung zu den Wählern sprechen wird.

Gegen Advokat Schred in Pirna, welcher dort durch einen Compromiß der liberalen Parteien als Candidat für die bevorstehende Landtagswahl aufgestellt wird, haben die Sebnitzer national-liberalen sich öffentlich erklärt, weil „Schred als sächsisches Landtagsmitglied gegen die norddeutsche Bundesverfassung gestimmt und durch die Niederlegung seines Mandats als Reichstagsmitglied abermals gezeigt, daß die erst freiwillig übernommenen Pflichten seines Mandats bei ihm weniger schwer wiegen, als seine demokratischen Parteianfichten und sein Mignmuth über geringe Partei-Erfolge.“

Altenberg, 18. Mai. Das Gewitter vom letzten Donnerstag den 13. d., hat in unserer Nähe ein Menschenleben gekostet. Auf der Feldkur zu Raundorf bei Schmiedeberg war ein junger Mensch von 16 Jahren mit mehreren Mädchen bei der Arbeit, Steine aufzulesen, und das Gewitter bewog sie, in einem unfern stehenden Kalkofen zu reitieren. Kaum daselbst angelangt, drang ein Blitzstrahl hernieder und tödtete den Burschen, während die Mädchen mit dem Schred und einigen Verletzungen davon kamen. — Am 14. Mai schlug der Blitz in Zinnwald in den Pulverthurm, welcher der Gewerkschaft „Vereinigtes Feld“ angehört, wurde jedoch vom Blitzableiter aufgefangen und richtete nur außerhalb Verheerungen an. Es war das ein besonderes Glück, denn im Thurme befand sich ein ziemlich großes Quantum Pulver.

Der viele Ansehung erfahrende österreichische Generalstabsbericht über den Feldzug von 1866 gedenkt des sächsischen Heeres und seiner Tapferkeit durchaus nicht mit der nöthigen und verdienten Anerkennung, mit welcher doch selbst der preussische Generalstabsbericht nicht hinterm Berge hält. Nun wird aber schließlich der sächsische Generalstab in eigener Sache das Wort ergreifen und Ende Juni seinen Bericht veröffentlichen.

Dresden, 20. Mai. Nach einem Berliner Telegramm des „D. Z.“ berechnet eine an den Reichstag gelangte Denkschrift des Ministers von der Heydt das preussische Defizit für 1870 auf über zehn Millionen Thaler. Die Denkschrift weist die absolute Nothwendigkeit einer Vermehrung der eigenen und der Bundeseinnahmen durch Bundessteuern nach und schlägt außer den bereits bekannten Steuern noch Stempelsteuern auf Quittungen und Eisenbahnkarten vor; den Ertrag dieser sämmtlichen Bundessteuern berechnet von der Heydt auf 11½ Millionen Thaler.

An eine ausführliche und durch die neuen Steuerprojecte erläuterte Zusammenstellung über den Staatshaushalt des norddeutschen Bundes, welche von ihrem Berliner Berichterstatter ihr zugeht, knüpft die „Times“ längere Betrachtungen über den Credit und die Steuerkraft Preußens und Norddeutschlands. Sie findet die Furcht vor Gewährung neuer Steuern ganz gerechtfertigt. „Die Deutschen“ sagt sie, „haben ihre politische Freiheit noch nicht errungen. Sie sind bemüht, noch immer etwas zu erobern und manche volkshämliche Rechte der alten militairischen Monarchie abzugewinnen, und sie sind sich recht wohl bewußt, wie wichtig es ist, in einem solchen constitutionellen Kampfe über den Geldbeutel verfügen zu können. Nun entziehen sich aber Steuern, die der Regierung einmal gewährt worden, thatsächlich der Controle der Volksvertretung. Infolge dessen ist das Parlament Selbstwillkür abgeneigt, die keinen entsprechenden politischen Ersatz nach sich führen; und wie bereitwillig es die jährlichen Mittel und Wege gewähren würde, so mag es doch der

Regierung keine dauernden Steuern in die Hand geben.“ Die „Times“ kommt im Weiteren zu dem Schlusse, daß, da die Steuern der einzelnen Staaten Mindereinnahmen aufweisen, die Steuerkraft damit ihre Grenze erreicht habe. „Norddeutschland“, fährt sie fort, „gehört zu den höchstbesteuerten Ländern der Welt; doch ist es leicht zu begreifen, daß die Deutschen in Sorge sind wegen der wachsenden Verpflichtungen und der abnehmenden Hilfsquellen. Verschwendung wirkt man der Regierung allerdings nicht vor. Auch vollführte Preußen seine Eroberungen billig genug; aber die Lasten machen sich fühlbar, weniger in den Ausfällen des Staates, als in den politischen Bedenken, welche den Verkehr sehr drücken und das Einkommen vermindern. Jahr um Jahr verlieren die Steuern an Ergiebigkeit, weil das Vertrauen zerfällt und die Unternehmungslust gelähmt ist durch die ewigen Kriegsbefürchtungen. . . . Keine Politik, wie sparsam sie auch sei, kann gegen die Verhältnisse des internationalen Lebens ankämpfen, in welchen alle Staaten in gegenseitiger Furcht bis an die Zähne bewaffnet dastehen. So lange jede Großmacht sich auf eine Million Soldaten stützen zu müssen glaubt, so lange wird im Staatshaushalt das Deficit und im Handel und Gewerbe die Angst und die Unthätigkeit herrschen. In dies der Preis, der dafür gezahlt wird, daß man Kriege kurz und entschieden führt, so werden solche Kämpfe, vom Anfang bis zum Ende berechnet, noch ebenso kostspielig und unheilvoll sein, wie die Kriege früherer Zeiten.

Dem Reichstage ist auch eine Quittungssteuer vorgelegt, hienichtlich nur ad acta. Von jeder Quittung, gleichviel über Baarzahlung, Wechsel oder Papiere oder in Brief- oder in anderer Form, soll eine Steuer von ½ Sgr. für 5 Thlr. und eine solche von 1 Sgr. für 10 Thlr. und darüber erhoben werden. Nur Steuer- und Sparkassen-Quittungen und Postanweisungen sollen frei sein.

König Wilhelm wird in diesen Tagen in Begleitung des Grafen Bismarck eine Rund- und Probereise durch Hannover, Oldenburg, Bremen und Hesse antreten. Man weiß schon im Voraus, daß der hannoversche Adel sich ziemlich fern und kühl halten wird. Es ist ein lieber Herr, dieser ehemalige königl. sächs. und königl. bayer. Minister v. d. Pfordten. Nachdem er lange geschwiegen, hat er den Entschluß gefaßt, wieder von der Pile auf zu dienen und sich als Wahlmann den biederen Bayern anzubieten. Er verspricht ihnen zum Danke auch für den Wiedereintritt Oesterreichs in den wieder zu errichtenden deutschen Bund zu wirken. Siegesgewiß fährt er in prächtiger Equipage in Weilheim glänzend vor, aber siehe da! die Bauern und Bürger bedanken sich für die Ehre, den bankrottten Staatslenker ihren Wahlmann zu nennen, und lassen ihn — glänzend wieder abfahren.

Die Leidenschaft ist despotisch, mag sie im republikanischen oder fürstlichen Dienste stehen. Als die große Revolution im vorigen Jahrhundert in Paris wüthete und Tausende zur Guillotine geschleppt wurden, war es lebensgefährlich, Trauer zu zeigen. In Warschau darf zu dieser Stunde keine Dame schwarze Kleider tragen, denn das könnte heißen, sie trauere über die Verwüstung ihres Vaterlandes durch die Russen. Sogar solche Damen, denen Vater oder Mutter gestorben ist, müssen der Polizei zuvor den Todtenschein vorlegen, bevor sie schwarze Kleider tragen dürfen.

In Spanien ist nun die große Lebensfrage für die neue Ordnung der Dinge: ob Monarchie, ob Republik? von den Cortes gelöst worden. Die Entscheidung ist zu Gunsten der erblichen Monarchie gefallen und zwar mit großer Mehrheit. Bleibt die zweite, kaum minder wichtige und jedenfalls schwierigere Frage zu lösen: wem diese erblich monarchische Gewalt anvertraut werden soll.

In Frankreich ging die Periode der Wahlversammlungen mit ihren zuweilen sehr stürmischen Scenen inner- und außerhalb der Versammlungsorte am 18. Mai zu Ende. In wirklich ersten Ruhestörungen kam es glücklicherweise nicht, obgleich die Polizei ihr Möglichstes that, durch Ungeschicklichkeiten, wo nicht absichtlich, solche zu provociren. Gekern haben nun die Wahlen selbst begonnen, auf deren Ausfall alles mit größter Spannung blickt. Eine irgendwie zuverlässige Vorausberechnung dieses Ausfalls ist unmöglich.